

# Offener Brief an den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann

## Außerdem: Geplantes NATO-Großmanöver absagen!

**Offener Brief zahlreicher hauptamtlicher Gewerkschaftsfunktionäre an den DGB-Vorsitzenden Reiner Hoffmann vom 5. Dezember 2019:**

Quelle: JUNGE WELT; 7.12.19

Lieber Kollege Hoffmann,

Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans haben die Abstimmung über den SPD-Parteivorsitz mit 53 zu 45 Prozent relativ deutlich gewonnen. Ihre Programmatik beinhaltet, den Mindestlohn auf zwölf Euro zu erhöhen, eine Vermögenssteuer einzuführen und die Politik der »schwarzen Null« zu beenden sowie die Tarifbindung zu stärken, indem die Allgemeinverbindlichkeitserklärungen erleichtert werden. Dies sind aus gewerkschaftlicher Sicht wichtige Anliegen, denn die Investitionslücke in Deutschland ist riesig und die Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich ist tief.

Esken und Walter-Borjans erklärten, in diesem Sinne den Koalitionsvertrag nachzuverhandeln. Sollte dies erfolglos bleiben, stellen sie die große Koalition zur Disposition. Beide sind noch nicht auf dem Parteitag als Vorsitzende gewählt, da forderst du im Namen der Gewerkschaften eine Fortführung der großen Koalition.

Wir meinen: Es ist Aufgabe der Gewerkschaften, sich für die Erhöhung des Mindestlohnes, die Einführung einer Vermögenssteuer und gegen die Politik einer »schwarzen Null« sowie für die Erleichterung von Allgemeinverbindlichkeitserklärungen einzusetzen. Es ist nicht Aufgabe der Gewerkschaften, Politikberatung für die SPD zu betreiben, und es ist schon gar nicht Aufgabe der Gewerkschaften, einen möglichen gesellschaftlichen Aufbruch im Keim zu ersticken.

**Die »Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen« (DFG-VK) forderte am Freitag eine Absage des für Anfang 2020 geplanten NATO-Großmanövers »Defender 2020«:**

»Die Bundesregierung muss in der NATO einen Abbruch der Manöverplanung fordern und sich der Übung entziehen«, so Torsten Schleip, Sprecher der DFG-VK, deutlich. Ohne deutsche Beteiligung würde das Manöver nicht stattfinden können, denn neben Häfen in Norddeutschland sollen Kasernen in Ulm, Burg (bei Magdeburg, Sachsen-Anhalt) und Garlstedt (zwischen Bremen und Bremerhaven) in die Übung eingebunden werden. Deutschland ist dabei das zentrale Durchmarschgebiet in Richtung Osten. »Es wird in der Zeit voraussichtlich große Militärkonvois per Bahn und auf den Straßen geben«, erklärt Schleip und warnt vor den Gefahren solcher Großübungen: »Im Jahr 1983 führte das NATO-Manöver ›Able Archer‹ fast zu einem Atomkrieg, auch durch ›Defender 2020‹ steigt die Gefahr eines Krieges, ein falscher Knopfdruck genügt.«

Gemeinsam mit anderen Friedensorganisationen plant die DFG-VK daher Aktionen gegen die militärische Großübung. »Wenn wir das Manöver vorab nicht politisch stoppen können, werden wir aktiv versuchen, die Abläufe zu stören«, erklärt Schleip weiter.

Bei ihrer Kritik verschließt die DFG-VK nicht die Augen vor den Aktivitäten Russlands. Auch das russische Militär führt immer wieder bedrohliche Manöver durch. Die 2018 im Osten des Landes durchgeführte Übung »Wostok«, an der nach eigenen Angaben etwa dreihunderttausend Militärangehörige teilnahmen, war die größte seit dem Zerfall der Sowjetunion. (...)